
Handwerkspolitische Forderungen zu den Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen im Juni 2024

Handwerk zuerst denken:

Handwerk als wesentlichen Bestandteil zur wohnortnahen Versorgung von Stadt- und Ortszentren erkennen und berücksichtigen. Verdrängung des Handwerks gezielt vorbeugen und mögliche Nutzungskonflikte bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Bewohnerparkgebieten und Gewerbeflächen vermeiden.

Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätskonzepte zukunftsorientiert planen:

Schaffung verlässlicher und bedarfsgerechter ÖPNV-Angebote, gleichrangige Berücksichtigung verschiedener Mobilitätsbedürfnisse, Entwicklung ganzheitlicher, durchdachter Mobilitätskonzepte und Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie konsequente Ermöglichung des Wirtschaftsverkehrs (Handwerkerparkausweis).

Das Handwerk in der Verwaltung mehr berücksichtigen:

Einbeziehung des Handwerks in die Abstimmung von städtischen und kommunalen Entwicklungs- und Verkehrskonzepten sowie Planungsprozessen allgemein. Verwaltung als Dienstleister für die ansässigen Unternehmen und Bürger effizienter, digitaler und unbürokratischer gestalten.

Mittelstandsgerechte und regionale Vergabepolitik ausbauen:

Kommunale Aufträge mittelstandsfreundlich ausschreiben und Stärkung der ansässigen Wirtschaft und der darin bestehenden Arbeitsplätze durch Förderung einer regionalen Vergabe unter fairen Arbeitsbedingungen.

Wirtschafts- und Innovationspolitik im Raum Dresden voranbringen:

Sicherung und Verstärkung des Fachkräftepotenzials sowie Fortführung der Fachkräfteallianz. Ansiedlungen und Wirtschaftswachstum vergrößern die Personallücke, sodass in Rücksprache mit dem Handwerk ein Konzept aufgestellt werden sollte.

Handwerk als Partner der Klimapolitik verstehen lernen:

Handwerk als Partner der Klima- und Energiewende in Planungen einbinden und an Konzepten beteiligen. Ausbau der Erneuerbaren Energien, energetische Gebäudesanierungen und Energieeffizienzmaßnahmen sind zu fördern.

Handwerkspolitische Forderungen für den Raum Dresden

Fahrzeiten von bis zu drei Stunden täglich unterbinden:

Sicherstellung der Unterbringung von Auszubildenden an den Berufsschulstandorten. Hohe Attraktivität der dualen Berufsausbildung schließt Schaffung angemessener, bezahlbarer Unterbringungsmöglichkeiten an den Berufsschulstandorten in Dresden für die Auszubildenden ein, deren Wohnort und/oder Ort des Ausbildungsbetriebes weit entfernt ist. Dringender Handlungsbedarf, da das Fehlen geeigneter Unterkünfte das Zustandekommen von Ausbildungsverträgen behindert.

Arbeit des JugendBeratungsCenters (JBC) fortführen:

Passgenaue Unterstützung von JBC Dresden beim Übergang von Schule zu Beruf trägt dazu bei, dass mehr junge Menschen den Weg in eine duale Ausbildung finden. Dresden muss Erfolgsgeschichte weiterführen, JBC stärken und dessen Finanzierung sicherstellen. Gute Zusammenarbeit der Netzwerkpartner im Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT weiterführen und Sichtbarkeit der dualen Ausbildung erhöhen.

Gleichwertigkeit von Berufsschulen und anderen Bildungseinrichtungen beachten:

Berufsschulen bezüglich der Investitionen in Erhalt und Ausstattung gleichberechtigt, beispielsweise gegenüber Schulen und Kitas, berücksichtigen.

Die Reihenfolge der aufgelisteten Punkte stellt keine Gewichtung nach inhaltlichen Prioritäten dar.